



Barbara Grille und Joachim Jarosch

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: **12.05.2026**
Antragsnr.: **027/2026**
Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**
Zust. Referat: **III**
mit Referat:

An den

Oberbürgermeister der Stadt Erlangen

Jörg Volleth

Erlangen, den 10. Mai 2026

Kein Ausbau der politischen Verwaltungsspitze - Beschlussfassung bis zur Prüfung durch die Kommunalaufsicht aussetzen

Antrag zur konstituierenden Stadtratssitzung am 12. Mai 2026 zu

TOP Ö4 „Rechtsstellung und Zahl der weiteren Bürgermeister*innen“ sowie

TOP Ö5 „Erlass der Satzung über die weiteren Bürgermeister*innen der Stadt Erlangen“

TOP Ö6 „Referatsneugliederung 2026“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Stadtrat möge beschließen:

1. Auf die Schaffung eines weiteren berufsmäßigen Bürgermeisters (BM III) wird verzichtet.
2. Die vorgeschlagene Referatsneugliederung 2026 wird in der vorgelegten Form nicht beschlossen.
3. Vor einer Beschlussfassung über die Einführung eines weiteren berufsmäßigen Bürgermeisters (BMIII) sowie über damit verbundene neue Referatsstrukturen ist zunächst eine Stellungnahme der Regierung von Mittelfranken als zuständiger Kommunalaufsichtsbehörde einzuholen, insbesondere zur Vereinbarkeit ...
 - der Schaffung zusätzlicher dauerhafter Führungsstellen,
 - der damit verbundenen Folgekosten,
 - sowie der vorgesehene Besoldung und Aufwandsentschädigungen



Barbara Grille und Joachim Jarosch

mit den bestehenden Vorgaben zur Haushaltskonsolidierung sowie mit den Grundsätzen der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit nach Art. 61 GO und der dauernden Leistungsfähigkeit der Stadt Erlangen vereinbar sind.

4. Bis zum Vorliegen dieser Bewertung durch die Bezirksregierung wird die Beschlussfassung zurückgestellt.

5. Sollte dennoch eine Beschlussfassung erfolgen, beantragen die ÖDP-Stadträte die namentliche Abstimmung über die Einführung eines dritten berufsmäßigen Bürgermeisters. Hilfsweise soll das Abstimmungsverhalten der Stadträte im Protokoll festgehalten werden.

6. Darüber hinaus wird die Verwaltung aufgefordert darzulegen, welche kommunal- und haftungsrechtlichen Konsequenzen eintreten können, falls der Stadtrat trotz der angespannten Haushaltslage zusätzliche dauerhafte Spitzenstellen beschließt, obwohl deren Vereinbarkeit mit den kommunalrechtlichen Anforderungen an Haushaltskonsolidierung, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit bislang nicht geprüft ist.

Begründung:

Die Stadt Erlangen befindet sich in einer äußerst angespannten finanziellen Lage. Die Regierung von Mittelfranken hat in den vergangenen Haushaltsberatungen unmissverständlich deutlich gemacht, dass erhebliche Konsolidierungsmaßnahmen erforderlich und neue zusätzliche Belastungen kritisch zu hinterfragen sind. Zugleich wird der Stadt faktisch auferlegt,

- Ausgaben zu begrenzen,
- neue freiwillige Projekte nicht zu beginnen,
- sowie Prioritäten neu zu ordnen.

Vor diesem Hintergrund ist es aus Sicht der ÖDP weder nachvollziehbar noch politisch unseren Bürgerinnen und Bürgern sowie der Bezirksregierung glaubhaft vermittelbar, ausgerechnet die politische Verwaltungsspitze auszubauen und zusätzliche dauerhafte Führungsstellen zu



IM ERLANGER STADTRAT



Barbara Grille und Joachim Jarosch

schaffen.

Die geplante Einführung eines dritten berufsmäßigen Bürgermeisters verursacht nicht nur zusätzliche Besoldungs- und Versorgungskosten, sondern verursacht auch langfristige strukturelle Folgekosten.

Gerade deshalb ist vor einer Beschlussfassung zwingend zu klären, ob ein solcher Ausbau der Führungsebene überhaupt mit den Vorgaben der Kommunalaufsicht vereinbar ist.

Die ÖDP hält es für politisch sehr problematisch, wenn einerseits gegenüber Bürgerschaft, Vereinen, Kultur, sozialen Einrichtungen und Investitionsprojekten Sparsamkeit eingefordert wird, andererseits jedoch zusätzliche Spitzenposten mit enormen Folgekosten geschaffen werden sollen.

Die Verwaltungsvorlage liefert hierfür keine überzeugende Begründung.

Insbesondere die vorgeschlagenen neuen Referatszuschnitte wirken wenig ambitioniert und innovativ. Eine erkennbare Zukunftsstrategie für Erlangen bis 2032 ist daraus kaum ableitbar. Die vorgelegte Struktur vermittelt daher weniger den Eindruck einer zukunftsorientierten Verwaltungsreform als vielmehr einer eher simplen organisatorischen Neuordnung innerhalb der Rathauskooperation.

Wir ÖDP-Stadträte sind der Auffassung: Gerade in dieser für Erlangen extrem bedrohlichen Haushaltskrise muss politische Glaubwürdigkeit an der Spitze beginnen. Nicht alles, was rechtlich möglich ist, ist angesichts der aktuellen finanziellen Situation auch politisch verantwortbar. So wird das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Erlanger Stadtpolitik nicht gestärkt.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre

ÖDP-Stadträte Barbara Grille sowie Joachim Jarosch